

# OBERÖSTERREICHISCHE HEIMATBLÄTTER

54. Jahrgang

2000

Heft 1/2

Herausgegeben von der Landeskulturdirektion

LH Dr. Josef Pühringer Geleitwort	3
Bilder aus Oberösterreichs Volkskultur	4
Lydia Zellacher Aspekte der gesellschaftlichen Notwendigkeit intergenerationellen Theaters	6
Adolf Golker Der Linzer Stadtbräumeister Johann Adam Erdpresser	13
Ernst Kollros Reisen im 18. Jahrhundert	18
Helmut Fiereder Schwarzenbergische Güter in der Zeit der NS-Gewaltherrschaft	45
Kurt Lettner Musik zwischen Leben und Tod	55
Harry Slapnicka Oberösterreichische Demarkationslinien und die Fortsetzung nach Norden	73
Hugo Schanovsky Als in Linz das 20. Jahrhundert begann	79
Franz Sonntag Johann Andreas Seethaler – ein Heimatforscher um 1800	83
Josef Reisenhofer „Heut' gibt's nichts, heut' is' Sonntagsruh“	91
Univ.-Prof. W. Hofrat Dr. Ernst Burgstaller †	98
Buchbesprechungen	100

# Schwarzenbergische Güter in der Zeit der NS-Gewaltherrschaft

Von Helmut Fiereder

Die Forschung hat dem Raub jüdischen, kirchlichen u. a. Eigentums während der Zeit der NS-Gewaltherrschaft bereits viel Raum gewidmet; hingegen wurden Raub und wirtschaftliche Verwertung von Adelsgütern bisher kaum untersucht. Im vorliegenden Aufsatz, der sich vor allem auf die im Oberösterreichischen Landesarchiv aufbewahrten Archivalien stützt,<sup>1</sup> soll nun auf Beschlagnahme und Einziehung der Güter des Hauses Schwarzenberg (des Adelshauses mit den seinerzeit wohl ausgedehntesten Ländereien im böhmisch-österreichischen Raum) Bezug genommen werden.

Die in der Zeit der NS-Gewaltherrschaft auf dem Gebiet der Republik Österreich eingerichteten *Reichsgaue Donau und Alpen*<sup>2</sup> mit einem *Reichsstatthalter* an der Spitze hatten als Mittelstufe der staatlichen Verwaltung des *Großdeutschen Reichs* neben der allgemeinen staatlichen Verwaltung eine sogenannte *Gauselbstverwaltung* unter Führung eines *Gauhauptmannes*; diese verfügte über eigenes Personal und eigene Quellen zur Finanzierung der ihr übertragenen Aufgaben.<sup>3</sup> Solche Finanzquellen sollten möglichst ergiebig sein, betonte doch Hitler selbst wiederholt, dass es gelte, die wirtschaftliche Kraft der Reichsgaue zu stärken. Den überwiegenden Teil ihrer Etats bestritten die Reichsgaue aus ihnen zustehenden Zuweisungen des Reichs, daneben hoben sie eigene Abgaben ein. Selbstredend standen ihnen alle auch in demokratischen Systemen denkbaren Möglichkeiten der Mittelbeschaffung offen, eigene Gebühren, Steuern und sonstige Abgaben und Umlagen rechneten ebenso hierher, wie eigene Wirtschaftstätigkeit. Man bediente sich aber auch anderer, für die NS-Gewaltherrschaft typischer Formen der Beschaffung von Vermögen, insbesondere des Raubs. Namentlich waren von solchen Gewaltmaßnahmen im Reichsgau Oberdonau die katholische Kirche sowie manche Adelshäuser betroffen, darunter vor allem das Haus Schwarzenberg. Ausführendes Organ war grundsätzlich die Gestapo, die Vorgangsweise entsprach dem üblichen Vorgehen gegen andere angebliche Reichsfeinde, insbesondere gegen Juden.

Zum besseren Verständnis der wirtschaftlichen Bedeutung des Hauses Schwarzenberg soll hier kurz die Entstehung von dessen ausgedehnten Latifundien dargestellt werden. Ab 1405 erwarb ein Zweig der bereits 1155 erwähnten Herren

<sup>1</sup> Es sind dies insbesondere die Bestände Reichsstatthalter (RStH) 1940 ff. (verfilmt) sowie Gauselbstverwaltung (GSV) des Oberösterreichischen Landesarchivs (OÖLA).

<sup>2</sup> Für die NS-Gewaltherrschaft typische Begriffe wie *Reichsgaue Donau und Alpen* werden bei der ersten Erwähnung in kursiv gesetzt.

<sup>3</sup> Zu den Reichsgauen Donau und Alpen als Mittelstufe der von der politischen Führung des Reichs in Aussicht genommenen Reichsreform siehe meinen Beitrag in „NS-Zeit in Linz“ (im Druck).

von Seinsheim (ein fränkisches edelfreies Geschlecht) die Herrschaft Schwarzenberg bei Scheinfeld in Franken, nach der sich die Familie in der Folge benannte. Im 17. Jh. dehnten die Schwarzenberger ihren Besitz um die Herrschaften Murau in der Steiermark (1623) sowie Frauenberg/Hlouboka und Wittingau/Trebon (1660/61) in Südböhmen aus. Eine bedeutende Erweiterung gelang durch den Erwerb des Eggenberg'schen Erbes mit der Herrschaft Krummau/C. Krumlov als Mittelpunkt (Krummau einschließlich der Herrschaften Chejnow, Netolitz-Libiejitze und Winterberg/Wimperk, 1719). Etwa gleichzeitig kaufte man Protiwin und Kornhaus, Ende des 18. Jh. wurden Lobositz, Stubenbach-Langendorf und Citolib erworben sowie noch kleinere Güter, darunter eines im Kanton Zürich. Entsprechend ihrer stetig steigenden Bedeutung erfuhren die Schwarzenberger Rangerhöhungen, 1670 wurden sie in den Stand der Reichsfürsten erhoben. Bis zu Beginn des 20. Jh. war der schwarzenbergische Gesamtbesitz auf rund 200 000 ha angewachsen, was in etwa der Größe des Mühlviertels entsprach. Die Land- und Forstwirtschaften des Hauses waren vor dem Ersten Weltkrieg in elf Forstbezirke und 160 Meiereien gegliedert, dazu kamen ausgedehnte Teichwirtschaften, u. a. Betriebe des primären Sektors. Ihren Land- und Forstwirtschaften gliederten die Schwarzenberger seit dem 18. Jh. konsequent weiterverarbeitende Industrien an, darunter 19 Ziegelbrennereien, 13 Brauereien, drei Bergwerke und zwei Zuckerfabriken.

Nach 1918 gingen mehr als 90 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche, ausgedehnte Forstbetriebe sowie rund zwei Drittel der Teichwirtschaften verloren, zumeist durch die Bodenreform der ČSR, ferner durch Wiederbesiedlungen in Österreich und in geringem Maße auch durch Erbgang. Hingegen konnten die weiterverarbeitenden Betriebe nahezu vollständig erhalten werden, wenngleich auch manche von diesen nunmehr von tschechischen Gesellschaften kontrolliert wurden. Im Jahre 1940 umfasste der Gesamtbesitz 90 536 ha an Grund und Boden, davon 71 800 ha Forste, 3300 ha landwirtschaftliche Fläche, 3295 ha Teichwirtschaften sowie mehrere tausend Hektar anderweitig genutzte oder verpachtete Flächen; dazu kamen weitere Immobilien wie Industriebetriebe, Schlösser u. a. Der mitteleuropäische Besitz des Hauses Schwarzenberg hatte sich somit um mehr als die Hälfte verringert, andererseits konnte man außerhalb Europas bedeutende Liegenschaften erwerben, vor allem in Kenia und Kanada; außerdem beteiligte man sich an wirtschaftlichen Unternehmungen anderer hochadeliger Familien, darunter des Hauses Luxemburg.<sup>4</sup>

Die Haltung des Hauses Schwarzenberg zur ČSR war gespalten. Der Chef des Hauses, Johann Schwarzenberg, lehnte den neuen Staat vor allem wegen dessen Gebietsreformen ab, sein Sohn Adolf galt hingegen als tschechophil. Adolf Schwarzenberg wurde daher schon in den Dreißigerjahren vom *Sicherheitsdienst des Reichsführers SS* bespitzelt.<sup>5</sup> Am 1. Oktober 1938 verstarb Johann Schwarzenberg. Noch vor

<sup>4</sup> OÖLA, GSV, Schachtel 14, schwarzenbergische Güter 1940–1944; Faszikel, Vermögensbeschlagnahme 1940–1943, SD Abschnitt Linz, Mai 1939; hier Bericht über Haus Schwarzenberg, an Reichsstatthalter (RStH) und Gauleiter (GL) von Oberdonau (OD) August Eigruber.

<sup>5</sup> Ebenda.

der Regelung der Erbschaftsangelegenheiten brach mit dem deutschen Überfall auf Polen der Zweite Weltkrieg aus. Nun zog sich Adolf Schwarzenberg vorerst in seine Villa Cava in Bordighera zurück, nach dem Kriegseintritt Italiens sodann auf seinen Besitz in der Schweiz. Während seines Aufenthalts in Italien erreichte ihn eine Ladung vor die deutsche konsularische Vertretung in San Remo. Dort angesprochen auf den Grund seiner Ausreise erklärte er, er habe sich ins Ausland begeben, um seine Besitzungen in Übersee vor britischem Zugriff zu sichern; außerdem lege er auf seine deutsche Staatsangehörigkeit nur geringen Wert.<sup>6</sup>

Im Jänner 1940 trat Schwarzenberg seine Reise nach Zürich an, für die er die Bahn benutzte. Im Zug traf er mit Direktor Hölzer von der Böhmisches Escompte-Bank Prag zusammen. Hölzer ergriff die sich bietende Gelegenheit und zog Schwarzenberg in ein Gespräch über dessen Gründe, das Reich zu verlassen. Dieser, der Hölzer von seiner Tätigkeit im Verwaltungsrat der Bank kannte und ihm vertraute, erklärte,

„... er werde vor Kriegsende nicht nach Deutschland zurückkehren. Seit das neue Regime auch bei uns (Ostmark und Protektorat) herrsche, sei es für ihn unwürdig und unmöglich, da zu sein. Er könne nur in freien Ländern leben. ... Nach dem Kriege werde der ganze Zauber des neuen Regimes verschwinden, dann werde er auf seine Besitzungen zurückkehren.“<sup>7</sup>

Und gegen alle Einwände Hölzers bestand der Fürst auf seiner Überzeugung, das Reich werde den Krieg gegen England verlieren. Hölzer, ein NS-Parteigenosse (was Schwarzenberg offensichtlich nicht bekannt war), berichtete Anfang August 1940 in Prag dem dortigen SD über den Vorfall.<sup>8</sup>

Offensichtlich war es dieser Bericht des Prager Bankdirektors, durch welchen die Gestapo Linz den schon lange gesuchten Vorwand zum Schlag gegen das Haus Schwarzenberg in der Hand hatte: Am 17. August 1940 wurde der gesamte im Reich gelegene Besitz des fürstlichen Hauses beschlagnahmt.<sup>9</sup> Insgesamt handelte es sich dabei um 90 536 ha Grundbesitz, davon drei Viertel im Reich, ein Viertel im *Protektorat Böhmen und Mähren*, sowie Bargeld, Wertpapiere und Schmuck im Wert von

<sup>6</sup> Schwarzenberg besaß vor 1938 neben der tschechoslowakischen und österreichischen Staatsbürgerschaft noch die des Deutschen Reichs und der Schweiz.

<sup>7</sup> OÖLA, GSV, Schachtel 14, Vermögensbeschlagnahme, SD Leitabschnitt Prag, Niederschrift der Aussage Dir. Hölzers, Böhmisches Escompte-Bank Prag, 6. 8. 1940.

<sup>8</sup> Ebenda.

<sup>9</sup> Ebenda, Beschlagnahme durch Verfügung der Gestapo Linz, 17. 8. 1940; ferner ebenda Bericht Eigruher, 14. 10. 1941, an Reichsleiter (RL) Bormann (Vermerk: Vertraulich, Persönlich) zu Heinrich und Adolf Schwarzenberg. Eingezogen wurde das beschlagnahmte Vermögen des Hauses Schwarzenberg sodann im Jänner 1941, siehe OÖLA, Mikrofilm (MF) 417, RStH 1941, Akt IaG, H, K, Vet/933, „Information. Betrifft: Beschlagnahme von Vermögen durch die Gestapo Linz“ vom 27. 1. 1941; enteignet wurden in einem Stift Wilhering (legitimistischer Widerstand), Spital der Barmherzigen Brüder Linz (homosexuelle Vorfälle), Ordensniederlassung Maria Schmolln (homosexuelle Vorfälle), Stift St. Florian (legitimistischer Widerstand und Waffenfunde aus Heimwehrbeständen), Besitzungen des Fürsten Adolf Schwarzenberg.

z. 7369/100-2

Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeistelle Linz  
B.Nr. - II 1 174/39-

Linz, den 17. August 1940.

V e r f ü g u n g .

Das gesamte Vermögen des Fürsten Dr. Adolf zu S c h w a r -  
z e n b e r g , geboren am 18.8.1890 in Frauenberg bei Budweis,  
jetziger Aufenthalt Bordighera (Italien), wird hiermit aus staats-  
polizeilichen Gründen beschlagnahmt.

Unter diese Beschlagnahme fallen daher auch alle Ansprüche  
des Fürsten Dr. Adolf zu Schwarzenberg auf den Nachlass des am 1.  
10.1938 verstorbenen Fürsten Johann zu Schwarzenberg, nachdem sich  
Dr. Adolf Fürst zu Schwarzenberg zu diesem Nachlass unbedingt als  
alleiniger Erbe erklärt hat und diese Erbserklärung vom Amtsge-  
richt Krummau a.d.M. mit Beschluss vom 15.2.1940 - D 429/38 - an-  
genommen worden ist.

(Siegel) gez. L e i t s m a n n .



Begläubigt:  
*[Handwritten signature]*  
Abgeordnete

Verfügung Gestapo Linz vom 17. 8. 1940; OÖLA, GSV, Schachtel 14, Fasz. Vermögensbeschlagnahme Fürst Adolf Schwarzenberg (siehe Anm. 9).

rund acht Mio. RM. Damit hielten diese Werte jedem Vergleich mit großen arisierten Vermögen wie Petschek, Weinmann oder Rothschild stand.

Johann Schwarzenberg hatte seinerzeit seinen Sohn Adolf als Universalerben eingesetzt, seine Witwe sollte eine Apanage erhalten, die fünf Töchter des Hauses diverse Liegenschaften und Bargeld. Wohl nicht zuletzt aufgrund der Größe des angefallenen Erbes nahm die Regelung der Erbschaftsangelegenheiten geraume Zeit in Anspruch; erst am 8. Juli 1940 ließ Adolf Schwarzenberg ein Erbübereinkommen beim zuständigen Amtsgericht Krummau einbringen. Da das Erbschaftsverfahren bis 17. August 1940 nicht zum Abschluss kam, die Erbverträge somit nicht rechtskräftig waren, beschlagnahmte die Gestapo Linz nicht nur das gesamte persönliche Vermögen von Adolf Schwarzenberg, sondern auch jene Werte, die zufolge des Erbfallbeschlusses dessen Mutter und Schwestern zugekommen wären.

Man war sich bei der Gestapo darüber im klaren, dass das Fürstenhaus diese Gewaltmaßnahme nicht tatenlos hinnehmen werde. So bot sich in erster Linie der Weg vor die Gerichte an, widersprach doch das Vorgehen der Gestapo gegen die Prinzessinnen allen, auch im Dritten Reich geltenden Normen; einer Nachprüfung durch die Gerichte konnte somit die Einziehung des Erbes der Prinzessinnen auch in der Zeit der NS-Gewaltherrschaft nicht standhalten.<sup>10</sup> Und dass ferner das Haus Schwarzenberg jede sich ihm sonst noch bietende Chance nutzen werde, um seiner völligen Enteignung doch noch zu entgehen, war ebenso vorherzusehen.

Um auch ein Gutteil des Erbes der Prinzessinnen für das Reich einziehen zu können, bediente sich die Linzer Gestapo des vom Hause Schwarzenberg selbst getroffenen Erbübereinkommens. Die Familie hatte den Wert ihres Erbes mit 32 Mio. RM festgestellt, bei der Gestapo schätzte man dieses hingegen auf 88 Mio. Nun darf man wohl annehmen, daß die fürstliche Familie den Wert ihrer Güter in der Tat weit unter dem Verkehrswert angesetzt hatte, sicher aber nicht nur wegen der von der Gestapo sogleich unterstellten Flucht aus der Erbschaftssteuer (was zweifellos auch eine Rolle gespielt hat), sondern wohl auch aufgrund der bekannt konservativen Buchführung des Hauses. Die Gestapo zog nun alle fürstlichen Liegenschaften ein, die Prinzessinnen erhielten eine Abfindung in bar in Höhe des seinerzeit im Erbübereinkommen von ihnen selbst angenommenen Werts der ihnen zufallenden Liegenschaften. Von diesem Betrag war dann Erbschaftssteuer in voller Höhe zu entrichten, die Liegenschaften fielen dem Reich zu.<sup>11</sup>

<sup>10</sup> Dass die Chancen, in einem solchen Rechtsstreit zu obsiegen, durchaus nicht schlecht standen, zeigt das Beispiel Starhemberg: Ernst Rüdiger Starhemberg wurde im Herbst 1939 als Reichsfeind seiner deutschen Staatsangehörigkeit verlustig erklärt, sein Vermögen eingezogen; die seinem Erben Ferdinand Starhemberg zustehende Herrschaft Senftenberg wurde durch das Finanzamt Moabit-West im Dezember 1940 enteignet. Ferdinand Starhemberg bekämpfte diese Enteignung vor dem Landgericht Krems, durch Beschluss dieses Gerichts wurde die Enteignung im März 1943 für rechtswidrig erklärt und aufgehoben; OÖLA, Bestand Landesregierung, Arisierungen und Rückstellungen, Schachtel 30, Faszikel 30/16.

<sup>11</sup> OÖLA, GSV, Schachtel 14, Vermögensbeschlagnahme, Gestapo Linz, 13. 11. 1940, an Reichssicherheits-Hauptamt (RSHA) z. Hd. SS Oberführer Müller, betr. Beschlagnahme Vermögen Schwarzenberg, Erbfolge nach Johann Schwarzenberg.

2

1409

Der Reichsminister und Chef  
der Reichskanzlei  
Rk.779 B g

Berlin W. 8, den 29. November 1940  
Bosßstraße 6

**Geheim**

An  
den Reichsstatthalter in Oberdonau  
Herrn Gauleiter E i g r u b e r  
L i n z



Sehr geehrter Herr Reichsstatthalter !

Wie mir Reichsleiter Bormann mitteilt, sind Sie aufgefordert worden, mir als Unterlage für die vom Führer über das Vermögen der Familie Schwarzenberg zu treffende Entscheidung eine genaue Aufstellung des beschlagnahmten Vermögens zu übersenden. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir diese Aufstellung möglichst bald zugehen lassen würden.

Heil Hitler !  
Ihr sehr ergebener

Kanzlei des Gauleiters
1. DEZ. 1940
10630
Gauleiter
in: Oberdonau, Ob. Donau

RM und Chef Reichskanzlei Lammers, 29. 11. 1940, an RStH und GL August Eigruber; OÖLA, GSV, Schachtel 14, Vermögensbeschlagnahme Schwarzenberg.

Hatte die Linzer Gestapo bei ihrem Vorgehen gegen die Prinzessinnen somit vergleichsweise viel Zeit und Mühe aufzuwenden, so konnte ein Versuch Adolf Schwarzenbergs, den fürstlichen Besitz zu retten, durch einen einfachen Verwaltungsakt unterbunden werden. Schwarzenberg strebte im Herbst 1940 die Adoption seines Cousins Heinrich an, um ihn sodann zum Erben des fürstlichen Vermögens einzusetzen. Dagegen schritt die Gestapo ein, die Adoption wurde untersagt.<sup>12</sup> Nach dem Scheitern dieser Versuche wählte das Fürstenhaus vor allem informelle Wege, dem drohenden Vermögensverlust zu entgehen. Alle diese Vorstöße führten aber zu keinem greifbaren Ergebnis.<sup>13</sup>

Unmittelbar nach der Beschlagnahme der schwarzenbergischen Güter ließ sich Hitler, dem deren Größe und Wert gut bekannt waren, durch den Reichsstatthalter und Gauleiter von Oberdonau, August Eigruber, Bericht erstatten. Anschließend verfügte der Diktator, der gesamte Besitz sei mit Wirkung vom 4. Dezember 1940 Eigruber persönlich zur Verwaltung und Nutzung zu Gunsten des Reichsgaues Oberdonau zu übertragen. Über diese Führerweisung wurde sogleich auch Göring in seiner Eigenschaft als *Beauftragter für den Vierjahresplan* in Kenntnis gesetzt, der seinerseits ebenfalls den Wunsch aussprach, den gesamten Besitz in einer Hand zu halten. Das damit errichtete Provisorium blieb dann bis zum Zusammenbruch der NS-Gewaltherrschaft in Geltung, was auch signifikant war für Hitlers Herrschaftsstil, es bei einmal gefundenen Regelungen zu belassen.<sup>14</sup> Damit war der Gauleiter zum Administrator des wahrscheinlich größten Grundbesitzes ernannt, der von den nationalsozialistischen Machthabern im Großdeutschen Reich je eingezogen wurde. Mit dieser Ernennung war eine der für den NS-Staat so typischen, zahlreichen Sonderverwaltungen geschaffen, zugeschnitten allerdings auf die Person des Gauleiters; damit dürfte diese Sonderverwaltung kein vergleichbares Gegenstück haben und somit in ihrer Art einzig sein.

Schwarzenbergische Besitzungen in der Steiermark und in Franken übergab Eigruber bereits im Frühjahr 1941 den dortigen Gauleitern zur Nutzung, die Güter blieben aber integraler Bestandteil des Gesamtvermögens. Zu dieser Lösung ließ sich Eigruber wohl herbei, um Konflikten mit seinen Gauleiterkollegen aus dem Wege zu gehen. Die Erträge der in Oberdonau sowie im Protektorat gelegenen Lati-fundien flossen ab 1941 der Gauselbstverwaltung des Reichsgaus Oberdonau zu, bis 1944 insgesamt 4,226 Millionen RM.<sup>15</sup> Diese Einkünfte waren damit, nach der

<sup>12</sup> Ebenda, Eigruber, 14. 10. 1941, an Bormann.

<sup>13</sup> Beispiele solcher Versuche der fürstlichen Familie, auf informellen Wegen ihrer Enteignung entgegen zu wirken bzw. deren Umfang wenigstens zu mildern siehe ebenda sowie MF 417, RStH 1943, Akt IaG,H,K,Vet/1135, Staatsangehörigkeitsverhältnisse Fürst Adolf Schwarzenberg.

<sup>14</sup> OÖLA, GSV, Schachtel 14, Vermögensbeschlagnahme, Eigruber, 14. 10. 1941, an Bormann; Bormann, 12. 11. 1940, an Reichsminister und Chef der Reichskanzlei Lammers, betr. Führerweisung Verwaltung schwarzenbergische Güter; Niederschrift 20. 12. 1940 betr. Übergabe schwarzenbergische Güter an RStH OD.

<sup>15</sup> OÖLA, MF 417, Akt IaG,H,K,Vet/933, Eigruber, 27. 1. 1941; beim Akt Abtretungserklärung an GSV, 13. 12. 1941.



N i e d e r s c h r i f t

aufgenommen am 20.12.1940.

Hiemit wird einverständlich festgestellt, dass auf Grund des Befehles des Führers (laut Schreiben des Herrn Reichsleiters Martin Bormann an Herrn Staatsminister Dr. Lammers vom 12.11.1940) die Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Linz, die Verwaltung des gesamten von ihr beschlagnahmten fürstlich Schwarzenberg'schen Vermögens, welche Verwaltung sie durch Pg. Fritz H e s s e als Treuhänder besorgen liess, mit Wirkung ab 4.12.1940 an Herrn Gauleiter und Reichsstatthalter Eigruher übergeben hat.

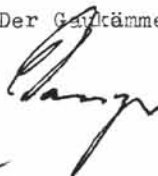
Mit Rücksicht auf den Umstand, dass in der Person des Treuhänders keine Änderung eintritt, indem derselbe von Gauleiter und Reichsstatthalter Eigruher mit der Weiterführung seiner Geschäfte betraut worden ist, besteht Einverständnis darüber, dass eine gesonderte Rechnungslegung über die bisherige Verwaltung ebenso in Wegfall kommt, wie die Notwendigkeit, aus Anlass dieser Verwaltungsübergabe den Vermögensbestand neuerdings aufzunehmen.

Die Übergabe des Vermögens erfolgt in dem Zustand, wie es am 3.12.1940 lag und stand. Hinsichtlich der Verwaltung des Vermögens ist Pg. H e s s e ab 4.12.1940 ausschliesslich dem Gauleiter und Reichsstatthalter Eigruher unterstellt und verantwortlich.

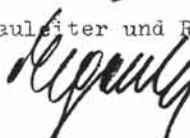
Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeistelle Linz :



Der Gauleiter :



Der Gauleiter und Reichsstatthalter.



Niederschrift Bspr. vom 20. 12. 1940, Gestapo Linz, RStH und GL, GSV btrf. Übertragung Vermögen Schwarzenberg von Gestapo an RStH und GL; OÖLA, GSV, Schachtel 14, Vermögensbeschlagnahme Schwarzenberg.

so genannten Reichsgaumlage, die mit Abstand größte einzelne Einnahmequelle im Haushalt der Gauselbstverwaltung. Und Eigruber wachte eifersüchtig über dieses Sondervermögen. So versuchte vor allem die Gestapo, deren (Leit-)Stellen Prag und Linz die Vermögen seit der Beschlagnahme verwaltet hatten, ihren Einfluss auch nach deren offiziellen Übergabe an den Reichsgau in irgendeiner Weise weiterhin wahrzunehmen. Solche Bestrebungen wies der Gauleiter sofort entschieden zurück und unterband sie erfolgreich.<sup>16</sup>

Neben der wirtschaftlichen Ausbeutung der schwarzenbergischen Besitzungen nutzten die nationalsozialistischen Machthaber des Reichsgaus Oberdonau die sich bietende Gelegenheit zur (Re-)Germanisierung Südböhmens und machten die Ergebnisse der von der ČSR in den Zwanzigerjahren durchgeführten Bodenreform nahezu vollständig rückgängig. Da es nämlich die dortigen, durch die Bodenreform begünstigten tschechischen bäuerlichen Grundeigentümer oft unterlassen hatten, die ihnen zugewiesenen Liegenschaften in die zuständigen Grundbücher einzutragen, wurden viele dieser Anwesen nunmehr in die schwarzenbergischen Güter rückgegliedert. Das genaue Ausmaß dieser Rückgliederung ist nicht bekannt, alleine im Bereich des Landkreises Krummau waren aber seinerzeit etwa 24 000 ha tschechischen Eigentümern übertragen worden.<sup>17</sup>

Abschließend sei hier bei der Darstellung der schwarzenbergischen Besitzungen während der NS-Gewaltherrschaft noch ein weiteres Beispiel erwähnt. Es wurde schon oben darauf hingewiesen, dass sich Mitglieder des Hauses Schwarzenberg an Wirtschaftsunternehmungen anderer europäischer hochadeliger Familien beteiligten. Ein solches Engagement war die Beteiligung Adolf Schwarzenbergs an einem Unternehmen seines Schwagers, des Prinzen Felix von Luxemburg.<sup>18</sup> Luxemburg hatte in den Dreißigerjahren eine Gesellschaft zum Handel mit Baumwolle aus Mocambique mit Sitz im Großherzogtum gegründet, an der sich Schwarzenberg in erheblichem Maße beteiligte. Die beiden Prinzen mussten nun nach der Einziehung des schwarzenbergischen Vermögens zu Recht fürchten, dass die NS-Machthaber ihre Hände auch nach dieser, vergleichsweise unbedeutenden Gesellschaft ausstrecken würden. Nach langem Zögern versuchten sie daher, 1942 den Sitz der Gesellschaft nach Portugal zu verlegen und die Gesellschaft dort umzugründen. Eigruber, der anscheinend erst jetzt überhaupt Kenntnis von dem Bestehen des Unternehmens erhielt, veranlasste eine Intervention des Reichsaußenministeriums bei den zuständigen portugiesischen Behörden. Nach einigem Widerstreben beugte

<sup>16</sup> OÖLA, GSV, Schachtel 14, Vermögensbeschlagnahme, Eigruber, 8. I. 1941, Fernschreiben (FS) an Gestapo-Leitstelle Prag, betr. schwarzenbergische Güter.

<sup>17</sup> Ebenda, SD Abschnitt Linz, 3. 12. 1940, an Gestapo Linz betr. Bodenreform der ČSR; ferner OÖLA, GSV, Schachtel 13, Wilhering-Stift, 1947–1953, schwarzenbergische Güter, 1941–1945, Faszikel schwarzenbergische Güter 1941–1945, Danzer, 8. 12. 1942, an Eigruber, Bericht Arbeitsbesprechung GSV mit leitenden Angestellten der schwarzenbergischen Güterverwaltung, Schloss Frauenberg, 6. 12. 1942.

<sup>18</sup> OÖLA, GSV, Schachtel 13, Faszikel schwarzenbergische Güter 1941–1945, Aktenbestand Luxemburger Kolonialgesellschaft.

man sich Anfang 1943 in Lissabon dem massiven deutschen Druck, die von den Prinzen in Aussicht genommene Sitzverlegung der Luxemburger Kolonialgesellschaft nach Portugal wurde abgelehnt. In der Folge bemächtigte sich Eigruber auch dieser Gesellschaft, mit der Wahrnehmung der Interessen des Reichsgaus Oberdonau an der Gesellschaft wurde der *Chef der Zivilverwaltung in Luxemburg* beauftragt.

Fasst man die Bedeutung der schwarzenbergischen Besitzungen für den Reichsgau Oberdonau zusammen, wird man den Blick zuerst auf dessen Gauselbstverwaltung richten müssen. Diese wurde bisher, gleich ihren Pendanten in den anderen Reichsgauen, von der Forschung kaum untersucht. Diesen Organen wurde vom Reich eine Vielzahl von Aufgaben zugewiesen, darunter auch, entsprechend der Forderung Hitlers nach Stärkung der Wirtschaftskraft der Reichsgaue, die Nutzung geraubten Gutes. In Oberdonau stammten die größten Stücke der Beute aus kirchlichem, vor allem klösterlichem, sowie adeligem Besitz. Für die im Sommer 1940 beschlagnahmten Güter des Fürsten Schwarzenberg wurde Ende 1940 Gauleiter und Reichsstatthalter Eigruber durch Führerweisung als alleiniger Administrator eingesetzt, der Gauleiter ließ die Vermögen sodann von der Gauselbstverwaltung im Sinne einer Auftragsverwaltung führen. Die aus den Vermögen herausgezogenen Werte flossen dem Reichsgau/Gauselbstverwaltung zu. Als Administrator der schwarzenbergischen Vermögen war Eigruber somit zu einer Sonderverwaltungsbehörde erhoben. Dieses Verfahren war zwar für das Dritte Reich typisch, aufgrund von Herkunft, Art, Ausdehnung und Erträgen der zu verwaltenden Vermögen war diese Sonderverwaltung in der Hand des Gauleiters in ihrer Art allerdings im Dritten Reich wohl einmalig.